



Klimaschutz/Finanzierung

Klimaschutz/Finanzierung
Neue Initiative für Investitionen in Klimaschutz Eine neue Initiative von Regierungen und Privatsektor soll private Investitionen in Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern spürbar steigern. Das sogenannte "Global Innovation Lab for Climate Finance" nimmt heute in London die Arbeit auf. Aufgebaut wird die neuartige öffentlich-private Plattform von der Bundesregierung und den Regierungen der USA und Großbritanniens.
"Der globale Investitionsbedarf in den Klimaschutz kann nicht allein durch öffentliche Haushalte bewältigt werden. Wir brauchen so schnell wie möglich substantielle private Investitionen in klimafreundliche Technologien. Dafür benötigen wir neue, intelligente Ansätze. Das "Lab" wird dabei helfen, diese Ansätze zu finden und zu testen", sagte der Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Jochen Flasbarth, der die Bundesregierung im "Global Innovation Lab" repräsentiert.
Neben Regierungsvertretern sind auch hochrangige Vertreter von Banken, Pensionsfonds, Projektentwicklern und Entwicklungsfinanzierern im "Lab" vertreten. Gemeinsam werden die Teilnehmer neue Instrumente der Klimafinanzierung identifizieren, die sich für eine breite Anwendung eignen. Unterstützt wird das Projekt von der "Climate Policy Initiative", einem klimapolitischen Think-Tank.
Eine gemeinsame Erklärung der Beteiligten auf Englisch finden Sie unter: www.bmub.bund.de/N50856
Weitere Informationen finden Sie (auf Englisch) unter: <http://climatepolicyinitiative.org/climatefinancelab/>
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: service@bmu.bund.de


Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.